

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Bildungs-Impulsprogramm zur Zukunftssicherung des Arbeits- und Beschäftigungsstandorts Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, ein Bildungs-Impulsprogramm zur Zukunftssicherung des Arbeits- und Beschäftigungsstandorts Oberösterreich mit folgenden Eckpfeilern zu schaffen:

1. Kinderbetreuungsangebote in Quantität und Qualität auf das Niveau der Top-3-Bundesländer Österreichs ausbauen,
2. Ausbau der oberösterreichischen Fachhochschulangebote entsprechend den Anforderungen des Arbeits- und Beschäftigungsstandorts Oberösterreich,
3. Steigerung der Anzahl von MINT-HochschulabsolventInnen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) entsprechend den Anforderungen des Arbeits- und Beschäftigungsstandorts Oberösterreich,
4. Reduzierung des Anteils an „RisikoschülerInnen“ (26 Prozent laut PISA 2012) sowie des hohen Anteils von 15 Prozent an jungen Menschen, die keine höhere Qualifikation als einen Pflichtschulabschluss erreichen,
5. Steigerung der HTL-Angebote entsprechend den Anforderungen des Arbeits- und Beschäftigungsstandorts Oberösterreich,
6. Reduzierung des Brain-Drains – also der Abwanderung oberösterreichischer Studierender – und Steigerung der Rückkehrrate der AbsolventInnen entsprechend den Anforderungen des Arbeits- und Beschäftigungsstandorts Oberösterreich,

Begründung

Oberösterreich ist von der europaweiten Wirtschafts- und Finanzkrise schwer getroffen. Mit mehr als 60.000 Arbeitssuchenden im Dezember 2015 befindet sich die Arbeitslosigkeit auf negativem Rekordniveau mit immer noch steigender Tendenz. Gleichzeitig warnen die Vertreter der industriellen Leitbetriebe in Oberösterreich vor einem Rückfall Oberösterreich in

wesentlichen standortrelevanten Bereichen – allen voran der Bildung. Für ein Land wie Oberösterreich, das sich als Arbeits- und Beschäftigungsregion definiert, ist die Bildung und Ausbildung der heimischen Bevölkerung der entscheidende Erfolgsfaktor im wirtschaftlichen Wettbewerb um Arbeitsplätze. Außerdem schützt Bildung am wirkungsvollsten gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb greifen die unterzeichneten Abgeordneten die Kritik der Industrieunternehmer auf und fordern ein Bildungs-Impulsprogramm seitens der Landesregierung ein, das den Arbeits- und Beschäftigungsstandort im Interesse der oberösterreichischen Bevölkerung nachhaltig stärken soll.

1. Zu den zentralen Eckpunkten dieses Bildungs-Impulsprogramms zählt der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuungsangebote in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Oberösterreich liegt im Bereich der Kleinkinderbetreuung (0-2 Jahre) nach wie vor an vorletzter Stelle im Bundesländervergleich mit einer Quote von 13,6 Prozent und damit deutlich unter dem Bundesländer-Durchschnitt von 23,8 Prozent. Außerdem gibt es qualitativen Nachholbedarf bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, weil nur jede 6. Gemeinde in Oberösterreich über ein angemessenes Kinderbetreuungsangebot für Klein- und Schulkinder sowie einen Kindergarten entsprechend den VIF-Kriterien (45 Stunden Öffnungszeit, an 4 Tagen mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Mittagessen-Angebot, maximal 5 Wochen im Jahr geschlossen) verfügt.
2. Oberösterreich verfügt bei einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent nur über 13 Prozent der Fachhochschulstudierenden Österreichs. Die Problematik der geringen Verfügbarkeit von FH-AbsolventInnen wird durch das Fehlen einer Technischen Universität noch gesteigert. Aufgrund des hohen oberösterreichischen Industriebeschäftigten-Anteils von 27 Prozent (gemessen an ganz Österreich) ist der Bedarf an FH-AbsolventInnen sogar als überproportional hoch einzustufen. Zur nachhaltigen Absicherung dieser wertvollen Industrie-Arbeitsplätze am Standort Oberösterreich sind zusätzliche Fachhochschul-AbsolventInnen erforderlich.
3. Im Vergleich zu industriellen Spitzenregionen in Europa zeigt sich, dass Oberösterreich mit 1.500 MINT-HochschulabsolventInnen pro Jahr weit hinter führenden deutschen Industrieregionen zu liegen kommt. Dennoch wird sogar in Deutschland die Dimension der MINT-Lücke, also das Ausmaß jener MINT-Arbeitsplätze, die mangels qualifizierten Personals nicht besetzt werden können, immer stärker thematisiert. Oberösterreich ist als Industrieregion gefordert offensiv gegenzusteuern.
4. Die Ergebnisse des PISA-Tests 2012 belegen, dass 26 Prozent der SchülerInnen in mindestens einem der getesteten Fachgebiete (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) nicht die erforderliche Mindestpunktzahl erreicht haben – also zur Risikogruppe zählen. Hinzu kommt die Tatsache, dass 15 Prozent der jungen Menschen in Oberösterreich keine höherrangige Qualifikation als einen Pflichtschulabschluss erreichen. Das Risiko dieser Gruppen für eine spätere Arbeitslosigkeit ist deutlich erhöht. Daher ist im Rahmen der Möglichkeiten des

Landes mit einem geeigneten Bildungs-Impulsprogramm gegenzusteuern, um diese jungen Menschen vorbeugend gegen Arbeitslosigkeit zu schützen.

5. HTL-AbsolventInnen haben überdurchschnittlich gute Chancen am Arbeitsmarkt. Gleichzeitig fordern Wirtschafts- und Industrievertreter regelmäßig zusätzliche technisch gebildete Fachkräfte. Deshalb soll die Landesregierung im Rahmen des Bildungs-Impulsprogramms auch die Errichtung zusätzlicher HTL-Angebote in Abstimmung mit den jeweiligen Regionen und den Anforderungen des Arbeitsmarkts planen.

6. 55 Prozent der oberösterreichischen Studienanfänger beginnen ein Universitätsstudium in einem anderen Bundesland, viele kommen nicht mehr zurück und gehen damit dem oberösterreichischen Arbeitsmarkt verloren. Zur Stärkung und Zukunftssicherung der Arbeits- und Beschäftigungsregion Oberösterreich soll diesem Brain-Drain gegengesteuert werden – etwa durch Ausbau und Attraktivierung der tertiären Ausbildung in Oberösterreich.

Linz, am 25. Jänner 2016

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Promberger, Müllner, Peutlberger-Naderer, Makor, Krenn, Punkenhofer, Schaller, Bauer, Rippl, Binder, Weichsler-Hauer